

die Justizreform wolle, dass er eine möglichst rasche Realisierung der Justizreform wolle und dass er auch in Kauf nehme, dass dann die Normenkontrolle in einer möglichen Abstimmung eben von Volk und Ständen abgelehnt würde. Die Situation präsentiert sich heute anders. Die Situation ist jetzt so, dass man dem Volk die Normenkontrolle gar nicht mehr vorlegen wird. Der Bundesrat bedauert dies, hat aber ein gewisses Verständnis für diese Situation. Unser Hauptanliegen ist wirklich die rasche Realisierung der Justizreform, und wir nehmen zur Kenntnis, dass jetzt, in dieser Situation, auf die Normenkontrolle, auf die Überprüfung von Bundesgesetzen im Anwendungsfall, verzichtet wird. Aber wir tun es nicht mit Begeisterung, wir tun es schweren Herzens. Eigentlich geht es in die Richtung, wie Herr Wicki es schon gesagt hat: «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach!»

Präsident: Man könnte auch sagen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

99.045

Delegation bei der Interparlamentarischen Union. Bericht 1998

Délégation auprès de l'Union interparlementaire. Rapport 1998

Beschluss des Nationalrates vom 20. September 1999
 Décision du Conseil national du 20 septembre 1999

Schiesser Fritz (R, GL) unterbreitet im Namen der Delegation bei der Interparlamentarischen Union den folgenden schriftlichen Bericht:

Die in Genf angesiedelte Interparlamentarische Union (IPU) wurde 1889 gegründet und ist die älteste interparlamentarische Weltorganisation. Die Bundesversammlung ist darin seit 1891 vertreten. Seit dem 24. Juli 1996 ist die IPU durch ein Kooperationsabkommen mit der Uno verbunden. Sie zählt heute neben vier assoziierten Mitgliedern 136 Vollmitglieder, darunter auch die Vereinigten Staaten, die sich aber seit einigen Jahren leider nicht mehr aktiv beteiligen. 1998 fanden folgende beiden interparlamentarischen Konferenzen statt:

- die 99. Konferenz in Windhoek (Namibia) vom 6. bis 10. April 1998;
- die 100. Konferenz in Moskau (Russische Föderation) vom 7. bis 11. September 1998.

Im Berichtszeitraum gehörten der Schweizer IPU-Delegation folgende Ratsmitglieder an: Nationalrätin Brigitta Gadiet (Präsidentin), Ständerat Fritz Schiesser (Vizepräsident), die Ständerätinnen Christine Beerli und Rosemarie Simmen sowie die Nationalräte François Borel, Fulvio Caccia, Paul Günter und Georg Stucky.

An der 99. Interparlamentarischen Konferenz in Namibia standen folgende Themen zur Diskussion:

- Die Konfliktverhütung und die Wiederherstellung von Frieden und Vertrauen in ehemaligen Kriegsländern; die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer; die Stärkung des Demokratisierungsprozesses und die Beschleunigung des Wiederaufbaues

Dieses Traktandum wurde in der Kommission 1 behandelt (Kommission für politische Fragen, internationale Sicherheit und Abrüstung).

Nationalrat Caccia sagte, dass die Schweizer Bevölkerung europaweit den höchsten Anteil an Asylsuchenden aufweise: Die Schweiz habe u. a. eine Vielzahl von Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina aufgenommen; aus diesen vermeintlich vorübergehenden Aufnahmen seien aber mittlerweile dauerhafte Aufenthalte geworden. Für die Schweiz, deren Bevölkerung sich zu 20 Prozent aus ausländischen Daueraufenthaltern zusammensetze, stelle die Einschulung der Kinder keine Probleme. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit als wesentlich schwieriger erweise sich hingegen die Arbeitsbeschaffung für die erwachsenen Asylbewerber.

Wie Nationalrat Caccia weiter ausführte, sollten in der zweiten Phase gemäss den Empfehlungen des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) und des Europarates alle Rückkehrwilligen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Zu diesem Zwecke wurden in Bosnien unter UNHCR-Aufsicht Programme zur organisierten Rückführung vorbereitet, die über internationale – darunter auch Schweizer – Beiträge finanziert wurden. Ihre Umsetzung hat sich aber als schwierig erwiesen, weil dem Wiederaufbau und der Versöhnung nationalistische und konfessionelle Hindernisse im Wege stehen, wodurch die Unterhändler und Friedensvermittler mit einer äusserst schwierigen Aufgabe konfrontiert sind.

– Massnahmen zur Bekämpfung der verheerenden Auswirkungen von HIV/Aids auf Mensch, Wirtschaft und Gesellschaft

Dieses Traktandum wurde in der Kommission 4 behandelt (Kommission für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Umwelt).

Nationalrat Günter führte aus, dass er als Arzt persönlich in der Aidsbekämpfung engagiert sei. Er betonte, dass die politischen Hauptziele darin bestehen müssten, die Weiterverbreitung von Aids zu verhindern, den Aidskranken zu helfen und schliesslich die Krankheit auszumerzen. Bisher hätten aber nur diejenigen epidemieartig auftretenden Krankheiten eingedämmt werden können, gegen die ein wirksamer Impfstoff entwickelt worden sei. Die pharmazeutische Industrie forsche nicht beharrlich genug nach einem Impfstoff gegen Aids. Dies sei zum einen auf die hohe Mutierbarkeit des Aidsvirus zurückzuführen, zum anderen aber auch darauf, dass diese Unternehmen stark von den Medikamenten gegen die Weiterverbreitung von Aids profitierten und deshalb die Impfstoff-Forschung vernachlässigten. Die Industrieländer müssten darauf hinwirken, dass ihre Arzneimittelunternehmen diese Forschung vorantreiben. Nach Auffassung von Nationalrat Günter müssen die Parlamente dafür sorgen, dass die Medikamente zur Behandlung von Aidskranken kostengünstiger werden. Dies wäre beispielsweise über eine Änderung der Patentierungsgesetze möglich.

Aufgrund der Mutierfähigkeit des Aidsvirus müsse um so dringlicher nach einem Impfstoff geforscht werden. Es sei aber auch möglich, dass das Virus in Zukunft auf andere Träger ausweiche: Würde die Krankheit beispielsweise über das Atmungssystem übertragbar, träte sie noch viel verheerender auf.

Nationalrat Günter gehörte dem Redaktionsausschuss der Schlussresolution an. Die Schweizer Delegation reichte ein Memorandum und einen Resolutionsentwurf ein.

– Die Auslandverschuldung der Drittweltländer als Hindernis bei deren Einbindung in den Globalisierungsprozess (zusätzliches Traktandum)

Dieser Punkt wurde nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen und von der Kommission 3 behandelt (Kommission für wirtschaftliche und soziale Fragen).

Nationalrat Stucky betonte, dass wir es uns nicht leisten könnten, zuzusehen, wie ein Teil unserer Welt in tiefster Armut versinke. Das Schuldenproblem müsse gelöst werden, und zwar zuerst bei den ärmsten Ländern, auch wenn der Schuldenerlass nicht als Allheilmittel angesehen werden könne. Die ärmsten Länder bräuchten auch zusätzliche Mittel, welche auf effiziente Weise für nützliche Aufgaben eingesetzt werden sollten.

Denkbar sei es, die Schulden in einen Sonderfonds zugunsten von Erziehungs-, Gesundheits- und Umweltaufgaben umzuwandeln. Dabei würden die Schulden entsprechend den Mitteln, mit denen der Fonds gespeien wird, reduziert. Dieses Modell lasse sich aber nicht generell, sondern nur fallweise auf einzelne Länder anwenden. Ein Zusammenschluss der Schuldnerländer wäre allerdings problematisch, da dies zu einer ausweglosen Konfrontierung zwischen armen Ländern und Gläubigerstaaten führen würde. Auch dürften wir nicht vergessen, dass die reichen Länder nach dem Fall der Berliner Mauer auch gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas zunehmend in der Verantwortung stehen. Nationalrat Stucky wurde als Mitglied des Redaktionsausschusses der Kommission bestimmt.

Anschliessend antwortete er auf den Wortbeitrag eines britischen Abgeordneten. Nationalrat Stucky war überrascht und betrübt über die Attacke, die der Redner auf die Schweizer Banken und die Schweiz geritten hatte. Der ehrenwerte englische Abgeordnete scheine nicht zu wissen, dass die Schweizer Banken das weltweit strengste Kontrollsystem hätten und die Inhaber aller ihrer Konti kennen würden. Wenn über eine Person, die ein Depot errichten wolle, Zweifel bestünden, verweigere die Bank die Annahme der Gelder. Zudem habe die Schweizer Regierung die Banken gezwungen, Raubgeld von Diktatoren an die geschädigten Länder zurückzugeben, wie sich im Falle der Philippinen und Zaires gezeigt habe.

Die Bemerkungen des britischen Abgeordneten zum Schweizer Nazigold bezeichnete Nationalrat Stucky als deplaziert und themenfremd. Die Schweiz habe Millionenbeträge zurückerstattet, während Grossbritannien es unterlassen habe, das Raubgeld den rechtmässigen Besitzern zurückzugeben. – Generaldebatte über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in der Welt

Ständerat Schiesser sprach im Rahmen dieser Debatte über die Bekämpfung der Antipersonenminen.

Er erinnerte daran, dass 1997 in Oslo ein Übereinkommen geschlossen wurde, das ein umfassendes Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen vorsieht. Damit sei im Völkerrecht erstmals eine Waffenart verboten worden. Dieses Übereinkommen wurde im Dezember 1997 in Ottawa zur Unterzeichnung aufgelegt.

Heute liegen in rund 70 Ländern insgesamt über hundert Millionen Minen zerstreut. Jedes Jahr werden zwei Millionen weitere Minen verlegt, während in der gleichen Zeit nur etwa 100 000 entschärft werden. Monat für Monat werden 800 Menschen durch explodierende Minen getötet; dabei handelt es sich fast immer um Zivilpersonen, und zwar vor allem um Frauen und Kinder.

Ständerat Schiesser wies darauf hin, dass das Schweizer Parlament sich am 20. März 1998 einstimmig für die Ratifizierung des Oslo-Übereinkommens ausgesprochen habe, und er rief alle Regierungen, die dies noch nicht getan haben, auf, dieses Dokument ebenfalls zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Noch nicht unterzeichnet haben das Übereinkommen u. a. die Vereinigten Staaten, Russland, China und Indien.

Im weiteren erinnerte er daran, dass die Schweiz im Dezember 1997 ihre letzten Minenvorräte vernichtet habe. Überdies habe die Schweizer Regierung beschlossen, in Genf ein internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung zu gründen, welches die Vereinten Nationen in folgenden vier Bereichen unterstützen soll: Know-how-Beschaffung, elektronische Erfassung aller Minenräumungen, Durchführung einer jährlichen Konferenz der Einsatzleiter von Minenräumungen und Ausbildung von Spezialisten. Die Kosten dieses Zentrums belaufen sich auf mehrere Millionen Schweizerfranken pro Jahr und werden von der Schweiz getragen. Verschiedene Staaten haben sich bereit erklärt, bei den Tätigkeiten des Zentrums mitzuwirken. Nationalrat Schiesser ersuchte diese Staaten, dieser Absichtsbekundung baldmöglichst nachzukommen.

Ständerätin Simmen betonte, dass die Globalisierung der Wirtschaft nur dann erfolgreich sein könne, wenn gemeinsame Werte eingehalten würden. Diese Werte müssten mög-

lichst klar umschrieben werden. Dazu sei heute keine politische oder kirchliche Instanz mehr in der Lage. Inskünftig könnten allein die Menschenrechte als Richtschnur für die weltweite Wirtschaftstätigkeit dienen.

Die Regeln der Welthandelsorganisation seien sicher nützlich, aber nicht ausreichend. Nötig sei eine Ethikcharta, die sowohl zu Verhandlungen anrege als auch die Grundlagen eines neuen Sozialvertrags für die Wirtschaftsträger bilde. Die Wirtschaftsunternehmen trügen heute aufgrund ihrer oft grenzüberschreitenden Tätigkeit zunehmende Verantwortung. Der Staat sollte aber erst aktiv werden, wenn die Privatwirtschaft nicht mehr imstande sei, einen ausgewogenen und gerechten Handel zu gewährleisten.

Ein interessantes Beispiel liefere das von der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung lancierte Projekt DIP («Double Income Project»): Dieses solle den Konsumentinnen und Konsumenten garantieren, dass die von ihnen gekauften Produkte unter sozial, wirtschaftlich und ökologisch vertretbaren Bedingungen hergestellt würden. Letztlich kämen dadurch alle – Käufer wie Anbieter – auf ihre Rechnung, und wenn es gelingen sollte, ein weltweites Netz solcher Einrichtungen zu knüpfen, so könnten wir sicher sein, dass die Globalisierung der Wirtschaft nicht mehr Ungleichgewichte schaffen, sondern zu einer gerechten Verteilung unter allen Völkern dieser Welt führen würde.

Abschliessend wurde Anders B. Johnsson, der bisherige stellvertretende Generalsekretär, zum neuen Generalsekretär der Interparlamentarischen Union gewählt.

An der 100. Interparlamentarischen Konferenz in Moskau standen folgende Themen zur Diskussion:

– Förderung sämtlicher Menschenrechte im 21. Jahrhundert – die Tätigkeiten der nationalen Parlamente im 50. Jahr der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Dieser Punkt wurde von der Kommission 2 behandelt (Kommission für parlamentarische und rechtliche Fragen und Menschenrechte). Nationalrat Borel präsidierte die Kommissionssitzung und die Schweizer Delegation reichte zu diesem Thema ein Memorandum und eine Resolution ein.

Nationalrat Stucky begrüsst es, dass die Konferenz in der Hauptstadt eines Landes abgehalten wurde, das, nachdem es lange Zeit gegen die Menschenrechte verstossen hatte, sich nun zu jenen Ländern gesellt hat, die diese Rechte achten. Es erfülle ihn mit Trauer und Mitleid, wenn er an die Millionen Opfer denke, welche die politische Unterdrückung in diesem Land gefordert habe.

Seiner Meinung nach müssten die Parlamentsmitglieder vor dem Hintergrund dieser Leiden alles daransetzen, um die Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, die heute in der Welt noch begangen würden. Es sei die Aufgabe der Interparlamentarischen Konferenz und der nichtstaatlichen Organisationen, die Aufmerksamkeit auf die schlimmsten Fälle zu richten. Die Konferenz habe anlässlich ihrer Tagung in Peking die chinesische Regierung aufgerufen, die Menschenrechte in Tibet besser zu respektieren. Die dortige Situation habe sich aber seither nicht verbessert, und die tibetanischen Mönche würden nach wie vor verfolgt. Ebenso fruchtlos sei der Aufruf zugunsten der Kurden geblieben, den die Union anlässlich ihrer Tagung in Istanbul an die türkische Regierung gerichtet hatte. Nationalrat Stucky fragte sich, wie es zu rechtfertigen sei, dass diese Organisation Einladungen von Ländern annehme, die die Rechte ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger missachte. Eine erste klare Massnahme wäre, alle Einladungen von Ländern abzulehnen, die die Menschenrechte verletzen. Nur so könne die Union glaubwürdig bleiben.

Nationalrat Stucky ersuchte die betreffenden Länder, die internationalen Menschenrechtskonventionen zu ratifizieren und insbesondere das Statut des am 17. Juli 1998 gegründeten Internationalen Strafgerichtes zu genehmigen.

Ein türkischer Abgeordneter entgegnete darauf, dass der Parlamentarier aus der Schweiz die Türkei direkt anprangern wolle. Er respektiere zwar dessen Meinungsäusserungsfreiheit, bedaure aber seine Wissenslücken. Das kurdische Volk sei keine Minderheit, sondern ein Teil der türkischen Nation, der die türkische Republik mitgegründet und somit die glei-

chen Rechte wie die anderen Teile der Nation habe. Er weise gerne darauf hin, dass der Präsident der türkischen Nationalversammlung sowie viele Abgeordnete und Minister kurdischer Herkunft seien. Die Kurden würden keineswegs diskriminiert und die türkischen Sicherheitskräfte würden bloss eine terroristische Organisation bekämpfen.

– Wasser: Mittel zur Erhaltung, Bewirtschaftung und Erschliessung dieser für die nachhaltige Entwicklung wesentlichen Ressource

Dieser Punkt wurde von der Kommission 3 behandelt. Die Schweizer Delegation reichte dazu ein Memorandum und eine Resolution ein.

Nationalrat Günter sagte, dass der Mangel an sauberem Wasser zunehmende Gesundheitsprobleme bringe und den Kampf um das Wasser entfache, was zu Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Land, zwischen Landwirtschaft und Industrie, ja gar zu regionalen und nationalen Konflikten führen könne.

Besonders ausgeprägt sei das Problem bei Gewässern, die durch verschiedene Länder fliessen. Es lägen zwar bereits zahlreiche Übereinkommen auf diesem Gebiet vor, doch fehlten dazu noch die entsprechenden nationalen Gesetzgebungen.

Das Wasser könnte in Zukunft als strategisches Mittel genutzt werden. So wäre es beispielsweise möglich, dass Stauwehre errichtet werden, um die Wasserversorgung der Anrainerstaaten zu kontrollieren. Das Völkerrecht müsse solche Missbräuche verbieten.

Die Nahrungsmittelproduktion sei auf Wasservorräte angewiesen. So brauche es beispielsweise 1000 Tonnen Wasser, um eine Tonne Trauben zu erzeugen. Allerdings sei es aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen nicht immer möglich, Staudämme zu bauen. Das Problem sei nicht leicht zu lösen, doch sei hier eine enge internationale Zusammenarbeit auf jeden Fall von wesentlicher Bedeutung. Die IPU und andere internationale Organisationen könnten dabei eine entscheidende Rolle spielen, doch müssten die Parlamentsmitglieder sich auch dafür einsetzen, dass die weltweiten Wasservorräte effizient und gerecht verteilt würden.

Nationalrat Günter wurde zum Berichterstatter des Redaktionsausschusses bestimmt und vertrat den Resolutionsentwurf vor dem Plenum.

– Die Bekämpfung des Drogenkonsums, des illegalen Drogenhandels und des organisierten Verbrechens

Dieses zusätzliche Traktandum wurde von der Kommission 1 behandelt.

Nationalrat Caccia war der Meinung, dass es unnützlich sei, bei diesem komplexen Problem auf eine Wunderlösung zu hoffen und dass die Bekämpfung mit repressiven Mitteln nicht ausreiche.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Schweizer Drogenpolitik, über die im September 1997 abgestimmt wurde. Diese stütze sich auf folgende vier Pfeiler: die Prävention, die Therapie, die Risikoverminderung und Überlebenshilfe und die Repression. Mit den verschiedenen Präventivmassnahmen – Information über die Gefahren des Drogenkonsums, spezielle Betreuung jener, die bereits mit der Droge in Kontakt waren, usw. – werde dafür gesorgt, dass die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen der Droge fernbleibe. Die Therapie – Entzug, psychologische, soziale und ärztliche Betreuung von Drogenkonsumierenden, Methadonabgabe, Betreuung zu Hause – ermögliche es, die Drogenabhängigen aus der Sackgasse zu führen (60 Prozent der Drogenabhängigen sind heute in Behandlung). Beim dritten Pfeiler, der Risikoverminderung und Überlebenshilfe, gehe es darum, die Drogenabhängigen vor Überdosen sowie vor Aids und Hepatitis zu schützen. Die bisherigen Ergebnisse in diesem Bereich seien ermutigend. Die Repression schliesslich beinhalte die Bekämpfung der Geldwäscherei und des Strassenhandels, Beschlagnahmungen an der Grenze, die Kontrolle über die Grundstoffe usw.

Diese Massnahmen seien, wie Nationalrat Caccia abschliessend sagte, natürlich mit beträchtlichen Investitionen verbunden, hätten aber gute Ergebnisse gezeitigt, weshalb es angezeigt sei, auf diesem Wege fortzufahren.

– Generaldebatte über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in der Welt

Ständerat Schiesser erinnerte daran, dass die Schweiz vor kurzem im Kreuzfeuer der internationalen Auseinandersetzungen um das Schicksal der Vermögenswerte von Holocaust-Opfern gestanden habe: Jüdische Organisationen und Privatpersonen hätten eine Sammelklage gegen Schweizer Banken und Versicherungen gerichtet, die amerikanischen Medien hätten bei dieser Gelegenheit die Schweiz und ihre Politiker unter regelrechten Dauerbeschuss genommen, und verschiedene US-Behörden hätten sich auf eine nach europäischem Rechtsempfinden ungebührliche Weise in diese Polemik eingemischt. Dies werde sich zweifellos nachhaltig auf die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz auf der einen und den Vereinigten Staaten und Israel auf der anderen Seite auswirken.

Die Schweiz sei ein Kleinstaat und habe seit Jahrhunderten niemanden mehr bedroht. Ihr einziges Unglück sei es gewesen, dass sie im Zweiten Weltkrieg von Staaten umzingelt war, die von Nazis und Faschisten beherrscht wurden. In jener Zeit hätten schweizerische Behörden, Unternehmen oder auch Privatpersonen schwerwiegende Fehler begangen, deren Wiedergutmachung zu spät und allzusehr unter internationalem Druck erfolgt sei. Für einen Kleinstaat aber sei das Recht die einzige Waffe, und die Schweiz habe es immer akzeptiert, dass Streitigkeiten, die sie betrafen, in einem legitimen internationalen Verfahren beigelegt worden seien. In diesem Falle aber sei das Recht des Stärkeren durchgesetzt worden, und zwar besonders über die Androhung von Wirtschaftsboykotten. Dies alles verheisse nichts Gutes für die künftigen internationalen Beziehungen. Was sich hier zuge tragen habe, lasse sich am ehesten unter dem Begriff des Rechtsimperialismus einordnen. Er hoffe dennoch, dass mit der Vereinbarung, die mit den beiden Schweizer Grossbanken getroffen wurde, diese Angelegenheit nun endgültig abgeschlossen sei.

Die Vereinigten Staaten Roosevelts und Kennedys hätten immer den Eindruck erweckt, von edlen Gedanken beseelt zu sein, doch heute zeichne sich in diesem Land eine bedauernde Entwicklung ab: Es sondere sich ab. Es lehne den in Rom gegründeten Internationalen Strafgerichtshof ab und wolle den Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE abschaffen; ein Ausschuss des US-Kongresses habe sich gegen den Europarat gewandt, und auch das Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung stosse auf amerikanischen Widerstand. Die grösste Weltmacht bleibe auch der Interparlamentarischen Union fern. Sie wolle ihr Recht ausländischen Unternehmen aufzwingen und bedrohe jene Staaten, die mit den von ihren Sanktionen betroffenen Ländern Handel treiben. Die Helms-Burton- und D'Amato-Gesetze seien untragbar für all jene, die den gemeinsam ausgehandelten Rechtsregeln verpflichtet seien.

Die Kleinstaaten müssten verlangen, dass internationale Streitregelungsinstrumentarien geschaffen werden, die es den mächtigen Staaten verunmöglichen, ihren Willen über wirtschaftliche Druckausübung aufzuzwingen. Dies jedenfalls werde die Schweiz tun, und sie werde alle demokratischen Staaten aufrufen, sie dabei zu unterstützen.

Mitwirkung Palästinas in der IPU

Der Interparlamentarische Rat befasste sich an seiner ersten Sitzung mit dem Bericht des Ausschusses über die Aufnahme Palästinas, dessen Prüfung er in der vorhergehenden Session auf die Herbstsession in Moskau verschoben hatte. Der Rat stellte sich mit 83 zu 63 Stimmen bei 37 Enthaltungen hinter die Schlussfolgerungen des Ausschusses, wonach die palästinensische Nationalversammlung die unter Artikel 3 der Statuten erwähnten Voraussetzungen für eine IPU-Mitgliedschaft noch nicht erfülle. Um die Vereinbarkeit mit den vom Interparlamentarischen Rat gesetzten Zielen prüfen zu können, werden zusätzliche Informationen über den Palästinensischen Autonomierat gewünscht, der im Rahmen der Oslo-Abkommen für das palästinensische Autonomiegebiet gegründet worden war.

An seiner zweiten Sitzung nahm der Rat den Antrag des Exekutiv Ausschusses an, wonach die Rechte der palästinensischen Delegation als Beobachter bei der IPU ausgebaut werden sollen.

Bau eines neuen Sitzes der Interparlamentarischen Union in Genf

In Genf ist die Errichtung einer «Maison des Parlements» für die Tagungen der IPU-Mitglieder und des Exekutiv Ausschusses vorgesehen. Zurzeit müssen diese Versammlungen in den Uno-Räumlichkeiten abgehalten werden, weil der heutige Sitz der IPU zu wenig Platz bietet. Der Exekutiv Ausschuss hiess den Standort gut, der einstimmig unter den drei möglichen Varianten ausgewählt worden war. Dieses Grundstück liegt den anderen internationalen Organisationen am nächsten und wäre daher für die Union punkto internationaler Präsenz am attraktivsten. Die Liegenschaft würde der Union vom Kanton Genf im unentgeltlichen Baurecht für eine Dauer von 60 Jahren zur Verfügung gestellt mit der Möglichkeit, danach den Pachtvertrag zu verlängern.

Die Baukosten wurden auf 9,5 Millionen Franken veranschlagt. Dieser Voranschlag beruht auf einer detaillierten Studie verschiedener Sachverständiger und umfasst neben allen planerischen und baulichen Arbeiten auch die Kosten für den Architektenwettbewerb, die Innenausstattung und die Umgebungsarbeiten.

Die Fipoi hat der IPU im Einvernehmen mit dem Bundesrat zur Deckung der Gesamtkosten ein zinsloses Darlehen von 9,5 Millionen Schweizerfranken vorgeschlagen. Dieses Darlehen wäre innerhalb von 50 Jahren in Jahrestriechen von 190 000 Schweizerfranken zurückzuzahlen. Nach Ablauf der Rückzahlungsfrist ginge das Gebäude in den Besitz der Union über. Die Rückzahlung des Darlehens begänne nach der Übergabe des Gebäudes an die IPU, d. h. im Jahre 2002. (Aufgrund einer Einsprache der IAO muss ein neuer Standort gefunden werden, wodurch das Verfahren verzögert wird.)

Menschenrechtsausschuss

Der Menschenrechtsausschuss, dem Nationalrat Borel angehört, prüfte während dieser Session 44 Fälle in 16 Ländern aller Weltregionen.

Menschenrechtsmission im Tschad

Vom 21. bis 27. November 1998 begab sich Nationalrat Borel mit einer Delegation der Interparlamentarischen Union in den Tschad, um sich über die Menschenrechtssituation von Ngarlely Yorongar zu erkundigen, einem Oppositionsabgeordneten, der dort eine dreijährige Haftstrafe verbüsst. Er war beschuldigt worden, bei seinen Ausführungen zu einem Erdölprojekt im Süden des Landes den Staatspräsidenten und den Präsidenten der Nationalversammlung verleumdet und beleidigt zu haben. Der Interparlamentarische Rat hatte diese Mission im September 1998 genehmigt und die Besuchsdaten und das Besuchsprogramm im Einvernehmen mit den tschadischen Behörden und den betroffenen Parteien festgelegt. Die Delegation konnte sich mit allen von ihr gewünschten Regierungs-, Justiz-, Verwaltungs- und Parlamentsvertretern treffen. Ebenso wurde ihr erlaubt, sich im Zentralgefängnis von N'Djamena mit Herrn Yorongar unbeaufsichtigt zu unterhalten und sich mit dessen Anwälten und Familienmitgliedern zu treffen. (Ngarlely Yorongar wurde darauf vom tschadischen Präsidenten begnadigt.)

Weltparlamentariertagung in Rom zum Thema Hunger, Unterernährung und Schutz der natürlichen Ressourcen

Vom 29. November bis zum 2. Dezember 1998 tagten in Rom rund 300 Abgeordnete (darunter Nationalrat Günter) aus 76 Parlamenten zum Thema «Umsetzung der Ziele des Welternährungsgipfels über eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung». Diese Konferenz war von der Interparlamentarischen Union in Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) organisiert worden.

Die Haupttraktanden der Konferenz lauteten wie folgt: Der Beitrag der Parlamente zur Ernährungssicherheit. Wie können genügend Nahrungsmittel produziert und dabei die Grundressourcen gewahrt werden? Die Bekämpfung der Armut als Voraussetzung der Nahrungsmittelversorgung.

Diese Themen wurden von Experten aus den Vereinigten Staaten, aus China, Indien, Südafrika, Frankreich und Mexiko erläutert und anschliessend von den Konferenzteilnehmern diskutiert.

Die Konferenz fand kurz nach der Veröffentlichung des FAO-Berichts über die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftslage in der Welt statt. Aus diesem Bericht geht hervor, dass die Anzahl der Unterernährten weltweit zugenommen hat und heute aufgrund der bescheidenen Ergebnisse bei der Armutsbekämpfung gar höher ist als zu Beginn der neunziger Jahre.

1996 hatten sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier feierlich dazu verpflichtet, die Massnahmen zur Umsetzung der Ziele zu unterstützen, welche am Welternährungsgipfel gesetzt worden waren, so u. a. das Ziel, die Anzahl der unterernährten Menschen bis 2005 auf die Hälfte zu reduzieren. Die Abgeordneten wurden von Papst Johannes Paul II. zu einer Sonderaudienz im Vatikan empfangen.

Nationalrat Günter wurde zum Präsidenten des Ausschusses für nachhaltige Entwicklung gewählt.

Schiesser Fritz (R, GL) présente au nom de la Délégation auprès de l'Union interparlementaire le rapport écrit suivant:

L'Union interparlementaire (UIP), organisation des parlements du monde dont le secrétariat est à Genève, a été fondée en 1889. Il s'agit de la plus ancienne organisation interparlementaire dont fait partie l'Assemblée fédérale qui y envoie des représentants depuis 1891. A compter du 24 juillet 1996, l'UIP est liée à l'ONU par un accord de coopération. Elle compte aujourd'hui 136 pays membres, dont les USA qui, malheureusement, ne participent plus aux activités depuis quelques années, et 4 membres associés. Elle a tenu les conférences interparlementaires suivantes:

– la 99e conférence à Windhoek (Namibie), du 6 au 10 avril 1998;

– la 100e conférence à Moscou (Fédération de Russie), du 7 au 11 septembre 1998.

Les membres de la délégation au cours de la période en question sont Mme Brigitta Gadiet (présidente), conseillère nationale, M. Fritz Schiesser (vice-président), conseiller aux Etats, Mmes Christine Beerli et Rosemarie Simmen, conseillères aux Etats, ainsi que MM. François Borel, Fulvio Caccia, Paul Günter et Georg Stucky, conseillers nationaux.

Les thèmes traités en Namibie pendant la 99e conférence ont été les suivants:

– La prévention des conflits et le rétablissement de la paix et de la confiance dans les pays qui sortent d'une guerre; le retour des réfugiés dans leur pays, le renforcement du processus de démocratisation et l'accélération de la reconstruction. Ce point a été examiné par la commission 1 (Commission pour les questions politiques, la sécurité internationale et le désarmement).

M. Caccia a indiqué que la Suisse a le plus fort pourcentage de demandeurs d'asile de toute l'Europe. La Suisse a accueilli, notamment, de nombreux réfugiés de Bosnie-Herzégovine – accueil qui devait être temporaire mais qui s'est révélé durable. Dans un pays qui compte 20 pour cent de résidents étrangers permanents, la scolarisation des enfants ne s'est pas révélée difficile. Par contre, il a été plus malaisé de fournir des emplois aux adultes, en raison de l'importance du chômage.

M. Caccia a signalé que la deuxième phase devrait être, conformément aux recommandations du Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés et du Conseil de l'Europe, le rapatriement de tous les intéressés. A cette fin, des programmes de retour organisé ont été préparés sur place en Bosnie, supervisés par le HCR et financés par des contributions internationales, dont celle de la Suisse. Mais leur mise en oeuvre s'est révélée difficile, car reconstruction et réconciliation, qui se heurtent à des réflexes nationalistes et religieux, avancent lentement. C'est dire combien la tâche des négociateurs et des artisans de la paix est immense!

– Mesures de lutte contre les effets dévastateurs du VIH/sida sur les plans humain, économique et social

Ce point a été examiné par la commission 4 (Commission pour l'éducation, la science, la culture et l'environnement).

M. Günter a dit qu'en qualité de médecin il est personnellement engagé dans le combat contre le sida. Il a souligné que les principaux objectifs des politiques doivent être de prévenir la poursuite de la propagation de la maladie, l'aide aux malades et, enfin, l'éradication de la maladie. Il a insisté sur un problème particulier, par ailleurs utile, celui de l'Onusida. Les seules maladies infectieuses à caractère épidémique qui ont été effectivement jugulées sont celles contre lesquelles un vaccin a été trouvé. Les laboratoires pharmaceutiques ne poursuivent pas avec assez de persistance la recherche d'un vaccin contre le sida. Cela s'explique en partie par le fait que le virus mute facilement. Par ailleurs, ces entreprises pharmaceutiques tirent de grands profits des médicaments utilisés pour arrêter le progrès de la maladie, qui les détournent de la recherche d'un vaccin. Les pays développés doivent exhorter les laboratoires pharmaceutiques à rechercher un vaccin. M. Günter a dit qu'il pensait que les parlementaires devraient prendre des mesures pour réduire le coût des médicaments utilisés pour traiter les malades du sida, par exemple en modifiant la législation sur les brevets.

La nature changeante du virus rend la recherche d'un vaccin d'autant plus urgente. Mais il existe aussi une possibilité de changement dans le mécanisme de transmission: si la maladie devenait transmissible par le système respiratoire, elle ferait encore plus de ravages.

M. Günter a fait partie du comité de rédaction, chargé de la résolution finale. La délégation suisse avait déposé un mémoire et un projet de résolution.

– La dette extérieure en tant que facteur limitant l'insertion des pays du tiers monde dans le processus de mondialisation (point supplémentaire)

Ce point supplémentaire a été ajouté à l'ordre du jour et examiné ensuite par la commission 3 (Commission pour les questions économiques et sociales).

M. Stucky a dit qu'il considérerait que le monde ne peut se permettre le luxe de voir une de ses parties demeurer plongée dans la pauvreté la plus profonde. Le problème de la dette doit être résolu, en commençant par les pays les plus pauvres, même si l'annulation n'est pas la panacée. Les pays les plus pauvres ont également besoin de moyens supplémentaires, affectés à des dépenses utiles, et avec le souci de l'efficacité.

M. Stucky a continué en disant qu'on pouvait imaginer de convertir la dette en un fonds spécial consacré aux dépenses de formation, de santé et d'environnement. Tout paiement au fonds viendrait en déduction de la dette. Il a dit qu'il avait conscience du fait que ce modèle ne pouvait valoir que pour tel ou tel pays individuellement et ne se prêtait pas à un traitement global. M. Stucky a demandé s'il fallait pour autant créer un front commun des pays débiteurs. Cela mènerait à une confrontation sans issue entre pays pauvres et pays créditeurs. N'oublions pas non plus que les pays riches ont une responsabilité accrue, depuis la chute du mur de Berlin, envers les pays de l'Europe centrale et orientale.

M. Stucky a été appelé à faire partie du comité de rédaction de la commission.

M. Stucky a ensuite répondu à un orateur du Royaume-Uni, et il s'est déclaré surpris et attristé par les attaques que celui-ci a lancées contre les banques suisses et son pays. L'honorable parlementaire anglais semble ignorer que les banques suisses ont le système de contrôle le plus strict du monde et connaissent les propriétaires de tous les dépôts. Si une personne qui fait un dépôt n'est pas honnête, les banques refusent d'en accepter des fonds. Le Gouvernement les a obligées à rembourser l'argent volé par des dictateurs: ce fut le cas pour les Philippines et le Zaïre.

Quant aux remarques sur l'or nazi, elles sont déplacées et n'ont rien à voir avec le thème de ce débat. La Suisse a remboursé des millions de francs suisses, alors que le Royaume-Uni s'est abstenu de rendre à ses propriétaires l'argent volé.

– Débat sur la situation politique, économique et sociale dans le monde

M. Schiesser est intervenu dans ce débat et a consacré son intervention à la lutte contre les mines antipersonnel.

Il a rappelé qu'une convention avait été conclue en 1997 à Oslo, qui portait sur l'interdiction totale de l'emploi, du stockage, de la production et du transport des mines antipersonnel. Ainsi, pour la première fois, une arme est interdite par le droit international. Cette convention a été ouverte à la signature en décembre 1997 à Ottawa.

Actuellement, plus de 100 millions de mines sont dispersées dans quelque 70 pays. Chaque année, deux millions de mines sont posées alors que 100 000 seulement sont éliminées. Chaque mois 800 personnes sont tuées, presque toujours des civils, surtout des femmes et des enfants.

M. Schiesser a indiqué que la Suisse est partie à cette convention; les deux Chambres l'ont approuvée à l'unanimité le 20 mars 1998. M. Schiesser a lancé à tous les gouvernements qui ne l'ont pas encore fait un appel pour qu'ils signent et ratifient la convention d'Ottawa. Manquent encore, entre autres, les signatures des Etats-Unis, de la Russie, de la Chine et de l'Inde.

M. Schiesser a rappelé que la Suisse a achevé de détruire ses propres stocks de mines en décembre 1997. En outre, il a indiqué que le Gouvernement suisse a décidé de créer à Genève un Centre international de déminage humanitaire, qui apportera son soutien à l'Organisation des Nations Unies, dont le rôle reste essentiel, et cela dans quatre domaines: collecte des connaissances, mise en réseau électronique de toutes les opérations de déminage, organisation d'une conférence annuelle des directeurs d'opérations de déminage et formation de spécialistes. Le coût, qui s'élèvera à plusieurs millions de francs suisses par an, sera assumé par la Suisse. Plusieurs Etats ont manifesté leur intention de s'associer à l'activité de ce centre, et M. Schiesser, en concluant, les a invités à le faire sans tarder.

Mme Simmen, quant à elle, a estimé que, pour avoir des conséquences heureuses, la mondialisation de l'économie doit s'opérer dans le respect de valeurs communes qu'il convenait de définir aussi exactement que possible. Aucune autorité politique ou religieuse n'est plus en mesure de le faire. Ce sont les droits de l'homme qui, désormais, constituent la norme universelle qui doit s'imposer à toute activité économique.

Les règles formulées par l'Organisation mondiale du commerce sont certes utiles, mais elles ne sauraient suffire. Ce qu'il faut, c'est une charte éthique qui à la fois incite à la négociation et jette les bases d'un nouveau contrat social entre les agents économiques. Les responsabilités des entreprises sont aujourd'hui d'autant plus grandes que ces dernières ont souvent un caractère transnational. Quant aux pouvoirs publics, ils ne devraient intervenir que lorsque les institutions privées ne suffisent pas à garantir l'équilibre et le caractère équitable des échanges.

Le projet DIP, «Double Income Project» ou «revenu double», lancé par l'Office suisse d'expansion commerciale fournit un exemple intéressant. Il tend à garantir aux consommateurs que les produits qu'ils achètent ont été fabriqués dans des conditions acceptables du point de vue social, économique et écologique. Tout le monde, finalement, y trouve son compte, acheteurs comme vendeurs, et, si l'on parvenait à tisser un réseau mondial d'institutions de ce genre, on aurait l'assurance que la mondialisation de l'économie, loin d'accentuer les déséquilibres, aboutirait à une répartition plus équitable des richesses entre tous les pays du monde.

A l'issue de la conférence, un nouveau secrétaire général de l'UIP a été élu en la personne du Suédois Anders B. Johnson, jusqu'alors secrétaire général adjoint.

A Moscou, les thèmes suivants furent abordés pendant la 100e conférence:

– Action énergique des parlements nationaux en l'année du 50e anniversaire de la Déclaration universelle des droits de l'homme afin d'assurer la promotion et la protection de tous les droits de l'homme au XXIe siècle

La commission 2 (Commission pour les questions parlementaires, juridiques et des droits de l'homme) a examiné ce point. M. Borel a présidé cette séance de la commission. La Suisse a déposé un mémoire et une résolution.

M. Stucky a dit qu'il se félicitait de ce que la conférence se réunisse dans la capitale d'un pays où les droits de l'homme ont été longuement et gravement violés et qu'il était heureux de constater que la Fédération de Russie est revenue parmi les pays qui respectent les droits de l'homme; il a exprimé sa compassion et sa tristesse en pensant aux millions de victimes du goulag.

M. Stucky a estimé que le souvenir de leurs souffrances obligeait les parlementaires à déployer tous leurs efforts pour dénoncer les violations des droits de l'homme commises aujourd'hui dans le monde. Il appartient à la conférence et aux organisations non gouvernementales d'attirer l'attention sur les cas les plus douloureux. M. Stucky a noté que l'UIP s'est réunie à Beijing et a appelé le Gouvernement chinois à respecter davantage les droits de l'homme au Tibet. Cependant, la situation ne s'y est pas améliorée et les moines tibétains sont toujours persécutés. De même, l'UIP a siégé à Istanbul, et ses appels en faveur de la culture kurde ont été vains. M. Stucky a demandé comment il fallait justifier le fait que cette organisation accepte des invitations de la part de pays qui ne respectaient pas les droits de leurs citoyens. La première action énergique serait de refuser toutes les invitations de la part de pays violant les droits de l'homme. Ce serait la seule façon pour l'UIP de préserver sa crédibilité.

M. Stucky a invité les différents pays à ratifier les conventions internationales sur les droits de l'homme, et notamment à approuver le statut de la Cour pénale internationale créée le 17 juillet 1998.

A la suite de son intervention, un parlementaire turc a répondu que le parlementaire de la Suisse voulait viser directement la Turquie, mais, tout en respectant sa liberté d'expression, il déplorait son manque d'informations. Le peuple kurde ne constitue pas une minorité, mais est une composante de la nation turque, qui a participé à la fondation de la République turque et possède les mêmes droits que les autres composantes. Il est bon de rappeler que le président de l'Assemblée nationale turque est d'origine kurde, comme plusieurs députés et ministres. Selon lui, aucune discrimination ne frappe les Kurdes, et les forces de sécurité ne font que combattre une organisation terroriste.

– L'eau: moyens de préserver, gérer et mettre en valeur cette ressource essentielle pour le développement durable
Ce point a été examiné par la commission 3. La Suisse a déposé un mémoire et une résolution.

M. Günter a dit que le manque de disponibilités en eau salubre et propre pose des problèmes croissants de santé publique et peut devenir source de conflits. A mesure que les réserves diminuent, la lutte pour l'eau se développe. Cela s'applique à plusieurs niveaux: villes contre campagnes, agriculture contre industrie, voire conflits régionaux et nationaux. Un problème particulièrement aigu se pose dans le cas des cours d'eau internationaux. Si de nombreuses conventions existent, la législation qui permettrait de les appliquer manque encore.

Dans l'avenir, il faut craindre que l'eau puisse être utilisée comme arme stratégique. Il est par exemple possible de construire des barrages pour contrôler les approvisionnements des Etats situés en aval. Le droit international devrait proscrire pareilles dérives.

Disposer ou non d'eau est déterminant pour la production viticole. Il faut 1000 tonnes d'eau pour produire une tonne de raisins. Mais la construction de barrages n'est pas toujours possible lorsque l'on ne peut se fier aux précipitations, pour des motifs économiques et d'environnement. Il n'est pas de solution facile, mais une coopération internationale étroite a de toute évidence un rôle important à jouer. L'UIP et d'autres organisations internationales peuvent jouer en cela un rôle décisif, mais il importe aussi que les parlementaires luttent pour instaurer un partage efficace et équitable des ressources mondiales en eau.

M. Günter a été élu rapporteur du comité de rédaction et a présenté le projet de résolution en séance plénière.

– La lutte contre la consommation et le trafic illicite de drogues, et contre le crime organisé
La commission 1 a examiné ce point supplémentaire.

M. Caccia est intervenu en disant qu'il pensait que, face à un problème aussi complexe, il était vain de compter sur une solution miracle et que la répression ne suffisait pas. Il a continué en disant que pour sa part, la Confédération helvétique combattait le phénomène par une politique approuvée en septembre 1997 par votation et fondée sur quatre piliers. Le premier est la prévention. Les différentes actions menées en ce domaine – information sur les dangers, interventions auprès de ceux qui ont déjà touché à la drogue, etc. – font que l'immense majorité des jeunes ne se droguent pas et n'ont nullement l'intention de le faire. Le deuxième est la thérapie: désintoxication, aide psychologique, sociale et médicale aux drogués, recours à la méthadone, traitement en résidence. Ces différentes actions font que la drogue n'est plus une voie sans issue et que 60 pour cent des toxicomanes sont actuellement en traitement. Le troisième pilier est la réduction des risques et l'aide à la survie. Il s'agit de prévenir les overdoses ainsi que la survenue du sida ou de l'hépatite. Le bilan est encourageant. Le quatrième pilier est la répression: lutte contre le blanchiment d'argent, lutte contre le trafic de rue, saisies aux frontières, contrôle des produits de base, etc.

Il ajoute que l'investissement dans tous ces domaines est certes considérable, mais il a produit de bons résultats. Il pense qu'il faut poursuivre dans cette voie.

– Débat sur la situation politique, économique et sociale dans le monde

M. Schiesser a rappelé lors de son intervention que son pays s'est trouvé récemment au centre d'une controverse internationale, liée au devenir des avoires des victimes de l'holocauste. Des organisations juives et des particuliers ayant déposé une plainte collective contre des banques et des sociétés d'assurances helvétiques, les médias américains ont saisi l'occasion pour se livrer à un véritable pilonnage contre la Suisse et ses hommes politiques. Diverses autorités du même pays se sont ingérées dans la polémique de façon inconvenante au regard de l'idée du droit qui prévaut en Europe. Les relations politiques entre la Suisse, d'une part, et les Etats-Unis et Israël, d'autre part, en seront certainement affectées durablement.

La Suisse et un petit Etat qui ne menace personne depuis des siècles. Son seul malheur fut de se trouver encerclé pendant la Seconde Guerre mondiale, par des Etats dominés par les nazis et les fascistes. Des erreurs graves furent commises à l'époque par des autorités, des entreprises ou des particuliers de la Confédération, et la réparation des ces fautes fut trop tardive et trop tributaire de la pression internationale. Mais M. Schiesser a fait valoir qu'un petit Etat n'a que l'arme du droit. La Suisse a toujours accepté que les différends la concernant soient réglés selon les procédures internationales légitimes. Or, en l'occurrence, c'est le droit du plus fort qui a prévalu, à la faveur de menaces de boycott économique notamment. En outre, le plus puissant a imposé son propre système juridique au plus faible. Tout cela est de bien mauvais augure pour l'avenir des relations internationales, et le terme le plus approprié pour décrire ce qui s'est passé est celui d'impérialisme juridique. M. Schiesser a continué en espérant tout de même que l'accord conclu avec les deux grandes banques suisses aura un caractère définitif.

Les Etats-Unis de Roosevelt et de Kennedy apparaissent habitués de nobles idéaux, mais ce pays semble maintenant suivre une évolution regrettable. Il s'isole. Il a refusé la Cour pénale internationale dont la création a été décidée à Rome, et il envisage la suppression de la Cour de conciliation et d'arbitrage de l'OSCE. Une commission du Congrès s'en est prise à l'action du Conseil de l'Europe, et la Convention sur l'interdiction de l'emploi, du stockage, de la production et du transfert des mines antipersonnel se heurte à l'opposition américaine. La plus grande puissance mondiale s'abstient de participer aux travaux de l'UIP, elle veut appliquer son droit aux entreprises étrangères et menace les Etats qui commercent avec les pays frappés par les sanctions américaines. Les lois Helms-Burton et D'Amato sont inacceptables pour tous ceux qui sont attachés aux règles de droit définies en commun.

Les petits Etats doivent exiger que des mécanismes de règlement des différends soient établis à l'échelle internationale pour empêcher les puissants d'imposer leurs points de vue à coups de pressions économiques. C'est en tout cas ce que fera la Suisse, engageant tous les Etats démocratiques à se joindre à ses efforts.

Participation de la Palestine aux travaux de l'UIP.

A sa première séance, le Conseil interparlementaire a examiné le rapport du comité sur la question de l'affiliation de la Palestine dont, lors de sa précédente session, il avait reporté l'examen à sa session de Moscou. A l'issue d'un débat, le conseil a adopté, par 83 voix contre 63 et avec 37 abstentions, les conclusions du comité, à savoir que le Conseil national palestinien ne remplit pas à l'heure actuelle les conditions énoncées à l'article 3 des statuts pour être membre de l'UIP, et que le comité souhaite «recevoir des informations supplémentaires concernant le Conseil législatif palestinien qui a été créé en vertu des accords d'Oslo et fonctionne sur le territoire relevant de l'Autorité palestinienne, en vue d'atteindre l'objectif recherché par le Conseil interparlementaire». A sa seconde séance, le conseil a adopté une proposition du Comité exécutif tendant à renforcer les droits de la délégation de la Palestine en qualité d'observateur aux réunions de l'UIP.

Construction d'un nouveau siège pour l'UIP à Genève

Il est prévu de construire une Maison des Parlements à Genève pour y accueillir les membres de l'UIP et des réunions parlementaires, y compris celles du Comité exécutif, au lieu de recourir, comme c'est actuellement le cas, aux locaux de l'ONU du fait de l'exiguïté du siège actuel. Le Comité exécutif a approuvé le site choisi à l'unanimité parmi les trois proposés pour accueillir le siège. En effet, ce terrain est le plus proche du secteur des organisations internationales et est ainsi à même d'offrir la meilleure visibilité institutionnelle à l'UIP. Il serait mis à la disposition de l'UIP par l'Etat de Genève avec un droit de superficie gratuit pour une période de 60 ans, avec possibilité de prolongation du bail.

Le budget de 9,5 millions de francs suisses, prévu pour la construction, a été établi à l'issue d'une étude minutieuse effectuée par diverses personnes compétentes en la matière; il couvre toutes les prestations liées à la construction du bâtiment, l'équipement, les frais du concours d'architecture et les travaux extérieurs.

La FIPOI, avec l'accord du Conseil fédéral, a proposé à l'UIP un prêt de 9,5 millions de francs suisses sans intérêts, destiné à couvrir le coût total du projet. Ce prêt serait remboursable en 50 ans par annuités égales de 190 000 francs suisses, après quoi le bâtiment deviendrait la propriété de l'UIP. Le remboursement commencerait après livraison du bâtiment à l'UIP, soit en 2002. (Suite à l'opposition de l'OIT, un nouvel emplacement doit être trouvé, la procédure s'en trouvera ralentie.)

Comité des droits de l'homme

Le Comité des droits de l'homme, dont M. Borel fait partie, a examiné pendant cette session 44 cas de parlementaires de seize pays de toutes les régions du monde.

Mission de droits de l'homme au Tchad

Du 21 au 27 novembre 1998, M. Borel a, avec une délégation de l'UIP, séjourné au Tchad pour s'informer de l'état du respect des droits de l'homme pour le cas de M. Ngarlely Yorongar, député de l'opposition qui purge actuellement une peine d'emprisonnement de trois ans; M. Yorongar a été déclaré coupable de diffamation et insulte au président de la République et au président de l'Assemblée nationale à la suite de ses déclarations relatives à un projet pétrolier dans le sud du Tchad. La mission a été autorisée en septembre 1998 par le Conseil interparlementaire, à la lumière du tout dernier rapport du Comité des droits de l'homme des parlementaires, et les dates et le programme de la visite ont été arrêtés en consultation avec les autorités tchadiennes et les parties concernées. La délégation a pu s'entretenir avec toutes les autorités gouvernementales, parlementaires, judiciaires et administratives qu'elle souhaitait rencontrer; elle a pu rencontrer M. Yorongar à la prison centrale de N'Djamena et s'entretenir avec lui sans témoin, et elle a aussi pu rencontrer ses avocats et

des membres de sa famille. (Par la suite, le président tchadien a gracié M. Yorongar.)

Réunion des parlementaires du monde entier à Rome contre la faim et la malnutrition et pour la protection des ressources naturelles

Du 29 novembre au 2 décembre 1998, quelque 300 délégués de 76 parlements, dont M. Günter, se sont réunis à Rome à la faveur d'une conférence sur le thème «Atteindre les objectifs du Sommet mondial de l'alimentation par une stratégie de développement durable», organisée par l'UIP, en collaboration avec l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (FAO). Les principaux thèmes de la conférence ont été les suivants: l'action parlementaire pour assurer la sécurité alimentaire; comment produire suffisamment de nourriture tout en préservant la base de ressources; la lutte contre la pauvreté comme condition de l'accès à l'alimentation.

Des experts des Etats-Unis, de la Chine, de l'Inde, de l'Afrique du Sud, de la France et du Mexique ont présenté ces thèmes qui ont fait ensuite l'objet du débat des parlementaires. La conférence s'est ouverte peu après la présentation du rapport de la FAO sur la situation de l'alimentation et l'agriculture dans le monde, d'où il ressort que le nombre des personnes sous-alimentées dans le monde a augmenté et dépasse aujourd'hui le chiffre du début des années nonante en raison des médiocres résultats de la lutte contre la pauvreté.

En 1996, les parlementaires s'étaient engagés solennellement à soutenir les mesures visant à atteindre les objectifs du sommet, dont le premier était de réduire de moitié le nombre des personnes sous-alimentées à l'horizon 2015.

Les parlementaires ont été reçus par le pape Jean-Paul II en audience spéciale au Vatican.

M. Günter a été élu président du Comité du développement durable.

Schiesser Fritz (R, GL), Berichterstatter: Als Vizepräsident der Delegation möchte ich zum ausführlichen Bericht nur eine einzige Bemerkung machen. An der Konferenz in Namibia hat Nationalrat Stucky unsere Delegation in jener Kommission vertreten, in der über die Entschuldung der Drittweltländer diskutiert wurde. Im Rahmen dieser Diskussion hat ein britischer Abgeordneter einen harschen Angriff gegen die Schweiz, gegen die Schweizer Banken und den Finanzplatz Schweiz, geritten. Herr Kollege Stucky war anwesend und in der Lage, diesen Angriff zu kontern, die Dinge ins richtige Licht zu rücken, und hat die Position der Schweiz in diesem Gremium darlegen können. Seine Intervention wurde mit Beifall und Anerkennung entgegengenommen.

Warum greife ich diesen Zwischenfall auf? Er ist irgendwie symptomatisch dafür, dass unser Land in bestimmten Situationen einer recht harschen, manchmal sehr undifferenzierten Kritik ausgesetzt ist, was hier ganz besonders der Fall war. Es zeigt sich dann, wie wichtig es ist, dass wir präsent, dass wir in den internationalen Organisationen Mitglied sind und dass wir in der Lage sind, entsprechenden Angriffen zu begegnen und die Position der Schweiz nüchtern, sachlich, klar und objektiv darzustellen. Das ist ein Musterbeispiel dafür, dass es heute von ausserordentlicher Bedeutung ist, die eigenen Interessen nicht nur im eigenen Land, sondern vor allem auch auf internationaler Ebene zu verteidigen und die eigene Position klar, objektiv und sachlich darzustellen.

Es ist dies immer ein Anliegen der schweizerischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gewesen. Ich darf sagen, das wird auch in Zukunft das Bestreben der schweizerischen Delegation sein, einer Delegation, die, so darf ich aufgrund des Berichtes feststellen, in der IPU sehr aktiv mitarbeitet, und – so glaube ich, feststellen zu dürfen – auch einen entsprechenden Stellenwert hat. Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein.

Antrag der Kommission

Vom Bericht Kenntnis nehmen

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport

Angenommen – Adopté

Petitionen Pétitions

99.2004

Petition Schweizer Verband der approbierten Naturärzte und Naturheilpraktiker Steuerliche Gleichstellung der nichtärztlichen Naturheilkunde

Pétition Association suisse des naturopathes approuvés Egalité de traitement sur le plan fiscal pour les thérapies naturelles à caractère non médical

Brändli Christoffel (V, GR) unterbreitet im Namen der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Inhalt der Petition

Die am 16. April 1999 vom Schweizer Verband der approbierten Naturärzte und Naturheilpraktiker eingereichte Petition verlangt eine Befreiung der Heilbehandlungen von Naturärzten und Naturheilpraktikern von der Mehrwertsteuer. Daraus folgt, dass der Beruf der Naturheilpraktiker im Mehrwertsteuergesetz den im Medizinbereich steuerbefreiten Berufen (Ärzte, Zahnärzte, Chiropraktoren, Hebammen) gleichgestellt werden soll.

2. Begründung der Petition

Im Gegensatz zum Ständerat hat die WAK-NR im Februar 1999 beschlossen, die Naturärzte und Naturheilpraktiker der Mehrwertsteuerpflicht zu unterstellen. Naturärzte und Naturheilpraktiker sollen damit nicht wie Ärzte, Zahnärzte, Chiropraktoren und Hebammen von dieser Steuer befreit sein. Steuerfrei sollen nur noch jene Heilbehandlungen sein, die durch einen schulmedizinisch ausgebildeten Arzt verordnet werden.

Dies bedeutet eine klare Bevormundung und Benachteiligung für die Berufsgruppe der Naturärzte und Naturheilpraktiker, die in den vergangenen Jahren, ohne jede Unterstützung durch die öffentliche Hand, einen wichtigen Beitrag zur medizinischen Versorgung und Gesundheitsförderung der Schweizer Bevölkerung geleistet hat.

Für die nichtärztlichen Naturheilkundigen geht die Tragweite dieser Diskriminierung weit über das Mehrwertsteuergesetz hinaus. Nach der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes und dem Versuch, die Homöopathika der Rezeptpflicht zu unterstellen, fördern die Bundesbehörden, nun zum dritten Mal, die Monopolstellung der universitären Medizin. Auf die gesetzlichen Regelungen der Kantone für diesen Berufsstand nimmt das geplante Steuergesetz keine Rücksicht. Die bisherige rechtliche Stellung der Naturheilkundigen ist dadurch erheblich gefährdet.

3. Beschluss des Nationalrates

Der Nationalrat hat am 18. Juni 1999 beschlossen, von der Petition Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine Folge zu geben. Denn die Frage, inwiefern Heilbehandlungen der Mehrwertsteuer unterliegen sollen, wurde in den eidgenössischen Räten während der Sommersession 1999 bereits bei der Behandlung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer ausgiebig diskutiert. Beide Räte konnten sich schliesslich einigen, dass in diesem Gesetz die Heilbehandlungen von Naturärzten von der Steuer ausgenommen werden. Der genaue Wortlaut von Artikel 18 Ziffer 3 lautet gemäss Beschluss der Räte: «Von der Steuer sind ausgenommen: die von Naturärzten erbrachten Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin, soweit die Leistungserbringer über eine Berufsausübungsbewilligung verfügen; der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten.»

Erwägungen der Kommission

Die WAK hat am 13. August 1999 die Petition geprüft. Da das Anliegen der Petenten im Gesetz über die Mehrwertsteuer bereits Aufnahme gefunden hat, ist eine besondere Behandlung der Petition nicht mehr nötig. Diese kann daher zur Kenntnis genommen werden.

Brändli Christoffel (V, GR) présente au nom de la Commission de l'économie et des redevances (CER) le rapport écrit suivant:

1. Contenu de la pétition

La pétition déposée le 16 avril 1999 par le Schweizer Verband der approbierten Naturärzte und Naturheilpraktiker (Association suisse des naturopathes approuvés) demande une exonération de la taxe sur la valeur ajoutée pour les traitements thérapeutiques administrés par des naturopathes. Il s'ensuit que dans la loi fédérale régissant la taxe sur la valeur ajoutée (loi sur la TVA), la profession de naturopathe devrait être mise sur le même pied que les professions médicales exonérées de la TVA (médecins, dentistes, chiropraticiens, sages-femmes).

2. Développement de la pétition

Contrairement au Conseil des Etats, la CER-CN a décidé, au mois de février 1999, de soumettre les naturopathes à la TVA. En d'autres termes, selon la CER-CN, il n'y a pas lieu d'exonérer de la taxe les naturopathes à l'instar des médecins, dentistes, chiropraticiens et sages-femmes. Devraient désormais être exonérées de la taxe uniquement les thérapies ordonnées par un médecin de formation universitaire. Une telle mesure équivaut à une mise sous tutelle évidente ainsi qu'à une discrimination pour la catégorie professionnelle des naturopathes, lesquels ont apporté, au cours de ces dernières années, sans le soutien des pouvoirs publics, une contribution importante à l'encadrement médical et à la promotion de la santé de la population suisse.

Pour les naturopathes non-médecins, la portée de cette discrimination dépasse de loin la loi sur la TVA. A la suite de l'introduction de la loi fédérale sur l'assurance-maladie et de la tentative de soumettre les médicaments homéopathiques à ordonnance, les autorités fédérales promeuvent, et ce pour la troisième fois, la position de monopole de la médecine universitaire. La loi sur la TVA ne prend aucunement en compte les réglementations légales des cantons relatives aux naturopathes. En conséquence, une menace considérable pèse sur le statut légal actuel de cette catégorie professionnelle.

3. Décision du Conseil national

Le 18 juin 1999, le Conseil national a décidé de prendre acte de la pétition, sans y donner suite: après avoir longuement débattu pendant la session d'été du point de savoir dans quelle mesure soumettre à la TVA les traitements thérapeutiques, les Chambres s'étaient en effet accordées à exonérer de la TVA les traitements administrés par les naturopathes. L'article 18 chiffre 3 de la loi sur la TVA prévoit ainsi que sont exonérés de la TVA «les traitements médicaux dans le domaine de la médecine humaine dispensés par des naturopathes si les prestataires de ces services sont détenteurs d'une autorisation de pratiquer; le Conseil fédéral règle les modalités».

Considérations de la commission

La CER a procédé à l'examen de la pétition le 13 août 1999. Comme il a déjà été tenu compte dans la loi sur la TVA des préoccupations exprimées par les pétitionnaires, la pétition concernée est devenue sans objet.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt, von der Petition Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine Folge zu geben.

Proposition de la commission

La commission propose de prendre acte de la pétition sans y donner suite.

Angenommen – Adopté

Delegation bei der Interparlamentarischen Union. Bericht 1998

Délégation auprès de l'Union interparlementaire. Rapport 1998

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1999
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	99.045
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.10.1999 - 08:05
Date	
Data	
Seite	980-987
Page	
Pagina	
Ref. No	20 046 871

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.